

PLENUM

das Forum der  Berliner Aids-Hilfe e.V. für HIV + Positive

Schwerpunktpraxen für Menschen mit HIV/AIDS in Gefahr? Sondermittel sollten gestrichen werden!

Nach wochenlangen Protesten scheint das Schlimmste nun abgewendet: Die Verhandlungen zwischen der Kassenärztlichen Vereinigung Berlin, der AOK und dem Arbeitskreis AIDS der niedergelassenen Ärzte in Berlin haben unter der Moderation von Gesundheitssenatorin Katrin Lompscher endlich zu einer Übergangsregelung bei der AIDS-Pauschale für das erste Quartal 2009 geführt. Danach soll diese Übergangsregelung von einem sogenannten Einheitlichen Bewertungsmaßstab (EBM) als AIDS-Pauschale bundesweit abgelöst werden. Gegen die Kürzungspläne hatte vor allem der Arbeitskreis AIDS der niedergelassenen Ärzte in Berlin in Zusammenarbeit mit den Positivsprechern der Berliner Aids-Hilfe protestiert, unter anderem mit einer Demonstration vor dem Jahresempfang der Deutschen Aids-Hilfe in Berlin.

Nun ist darauf zu achten, ob der bundesweite Einheitliche Bewertungsmaßstab (EBM-Ziffer) auch wirklich zum 01. April 2009 eingeführt wird und damit die Sondermittel für die Schwerpunktpraxen für Menschen mit HIV und AIDS weiter sichergestellt sind.

Die Berliner Krankenkassen und die Kassenärztliche Vereinigung Berlin hatten die AIDS-Pauschale wegen der geplanten Umstellung auf den EBM (Einheitlichen Bewertungsmaßstab) zum 01.01.2009 für die Schwerpunktpraxen in Berlin gekündigt. Das hätte für diese Praxen verheerende Folgen haben können, weil die Betreuung von Menschen mit HIV und AIDS für die Ärzte einen erheblichen Mehraufwand bedeutet. Dieser wurde bisher über die AIDS-Pauschale vergütet. Der Arzt erhielt für jeden Patienten zwischen 61,36 und 76,69 Euro zusätzlich im Quartal.

Anders als in den meisten Bezirken der Kassenärztlichen Vereinigung sollte es in Berlin offensichtlich keine Anschlussvereinbarung oder Übergangsregelung für das 1. Quartal 2009 geben. Denn eine EBM-Ziffer (Einheitlicher Bewertungsmaßstab) für die HIV-Behandlung, auf die deutschlandweit gewartet wird, soll erst ab dem 1. April 2009 eingeführt werden. Nach Angaben des Arbeitskreises AIDS der niedergelassenen Ärzte in Berlin hätte die Kürzung der AIDS-Pauschale für die Praxen zum Verlust von rund 40 Prozent der Einnahmen aus der Behandlung aller gesetzlich Versicherten geführt.

Im vergangenen Jahr hatte die Kassenärztliche Vereinigung (KV) Berlin, die für die Verteilung der von den Krankenkassen gezahlten Honorare verantwortlich ist, die Sondervergütung für HIV-Patienten bereits abgesenkt – zunächst nur für AOK-Versicherte. Statt der bis dahin gezahlten 61 Euro pro Patient und Quartal gibt es nun 45 Euro. Außerdem wird diese Pauschale nur noch für Berliner gezahlt. Das heißt, für die zahlreichen Kranken aus dem Umland, die das gut ausgebaute Netz von HIV-Schwerpunktpraxen in der Stadt nutzen, gibt es nur die übliche Bezahlung wie für jeden Hausarzt.

Die AIDS-Pauschalen wurden Anfang der neunziger Jahre zusätzlich zur normalen Honorierung der ärztlichen Leistungen eingeführt, um dem höheren Behandlungsaufwand für diese Patienten gerecht zu werden – zum Beispiel wegen der regelmäßigen Blutanalysen, Infusionen und komplizierten Anpassungen der Arzneidosierungen. Außerdem wollte man so den Aufbau eines Netzes von spezialisierten Praxen für Menschen mit HIV und AIDS fördern. Zumindest dieser Aufbau ist mittlerweile gelungen: Berlin verfügt über eines der bundesweit engsten Netze zur Versorgung von AIDS-Kranken. In der Stadt leben allerdings im Bundesvergleich auch die meisten Patienten: insgesamt über 10 000 HIV-infizierte Menschen – das ist jeder fünfte Betroffene in ganz Deutschland. Rund 5000 von ihnen werden von den 15 Berliner Schwerpunktpraxen betreut.

Gerhard Grünh und Ralph Ehrlich
Positivsprecher der Berliner Aids-Hilfe e.V.
Berlin, Dezember 2008